

## **Stellungnahme Inventux Technologies AG**

Christian Plessner, Vorstand Vertrieb und Marketing

Die erneute unplanmäßige und ungerechtfertigte Kürzung der Einspeisevergütung lehnen wir ab. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette wird ein zusätzlicher enormer Kostendruck entstehen. Die Solarindustrie hat bisher alle ursprünglich in sie gesetzten Erwartungen der Politik bezüglich Kostenreduktion übererfüllt. Für 2011 hat die Branche sich nach der Diskussion im letzten Jahr nun auf die im Bundestag festgelegten Rahmenbedingungen verlassen, die nun schon wieder überholt sind.

In den Verhandlungsprozess des BSW-Vorstandes mit der Politik waren wir als BSW-Mitglied bedauerlicherweise nicht mit eingebunden. Die Argumentation, dass man einem Akzeptanzproblem der Erneuerbaren Energien in Deutschland entgegenwirken wollte, halten wir für verfehlt. Die Erneuerbaren Energien haben kein Akzeptanzproblem: über 90 % der Bevölkerung in Deutschland befürworten die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Stattdessen sollte die Aufklärung über die Verschleierungstaktik der vier großen Energieversorger - auch von Seiten des BSW - vorangetrieben werden. Die Beschaffungspreise für Strom sind in den letzten Jahren, auch durch den Zuwachs bei den Erneuerbaren - deutlich gesunken. Dies wird aber nicht an die Stromverbraucher weitergegeben. Stattdessen wird der Zubau der Photovoltaik in Deutschland als Sündenbock missbraucht um die ungerechtfertigten Strompreiserhöhungen und somit die Gewinnsteigerungen der Atomindustrie zu rechtfertigen.

Die Politik gefährdet mit dem ständigen Kurswechseln die Technologieführerschaft und Vorreiterrolle Deutschlands bei der Solarindustrie. Die Aktivitäten der Branche werden sich in Zukunft noch schneller und stärker Richtung Ausland bewegen. Auch Inventux wird die Internationalisierungsstrategie gemeinsam mit seinen Partnern konsequent fortführen. Mit der Erweiterung unseres Produktportfolios, weiteren Effizienzsteigerungen und einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit unseren Kunden werden wir von einzelnen Märkten und nationalen Schwankungen in der Gesetzgebung unabhängiger werden.